

# **Entwurf einer Erklärung über die Krise**

## **Solidarität statt Wettbewerb**

### **Wirtschaftskrise bekämpfen – Finanzmärkte regulieren – Arbeitsplätze sichern**

#### **1) Die Krise gefährdet unsere Arbeitsplätze und unsere Einkommen**

Die Weltwirtschaft steckt inmitten einer Krise historischen Ausmasses. Ende 2008 griff die Finanzmarktkrise auf die Realwirtschaft und damit auf die Metallindustrie über. In praktisch allen Ländern wurden die Wachstumsprognosen nach unten korrigiert. Erstmals seit der Weltwirtschaftskrise der 30-er Jahre wird ein weltweiter Abschwung der Wirtschaftstätigkeit prognostiziert. Zudem ist mit einem starken Rückgang des Welthandels zu rechnen. Bislang gibt es keine klaren Anzeichen für eine Verbesserung der Situation. Arbeitsplätze und Einkommenssicherheit der Arbeitnehmer sind gravierender gefährdet denn je. Für uns ist es wesentlich, dass die Arbeitnehmer nicht weiter die unschuldigen Opfer der Krise bleiben.

#### **2) Die Finanzmärkte sind die Hauptursache der Krise**

Die Krise ist nicht vom Himmel gefallen! Der IMB und die Gewerkschaftsbewegung haben bereits vor langem gewarnt, dass deregulierte Finanzmärkte, die riesige Renditen versprechen, kurzfristige Boni-Systeme, fehlende Transparenz und risikoreiche Finanzprodukte eines Tages zusammenbrechen werden. In den letzten Jahren war die Unternehmenspolitik ausschliesslich auf die Interessen der Aktionäre ausgerichtet, d.h. auf die Gewinnsteigerung, während die Arbeitsbewegung als Kostenfaktor galt, der möglichst heruntergeschraubt werden musste. In jahrelangen Kämpfen hart errungene Arbeits- und Sozialnormen geraten in Gefahr und werden ausgehöhlt.

In den letzten Monaten haben die nationalen Regierungen Milliarden an Steuergeldern bereitgestellt, um die Banken vor dem Kollaps zu retten. Wir verwahren uns gegen die unakzeptable Logik, dass die Gewinne privatisiert und die Verluste sozialisiert werden.

Die Finanzmärkte sind kein Selbstzweck, sondern sollen im Dienste der Arbeitnehmer und der Bürger in der Gesellschaft stehen. Wir fordern von den politischen Führern eine umfassende Regelung der Finanzmärkte auf nationaler, regionaler und internationaler Ebene. Die notwendige Neuorganisation der Finanzmärkte soll langfristige produktive Investitionen fördern und kurzfristige Spekulation verhindern.

#### **3) Die neoliberale Politik ist gescheitert**

Die Finanzmarktkrise geht auf eine Politik zurück, welche die ungehemmte Spekulation geschürt und das Streben nach raschen Gewinnen zum einzigen akzeptierten Modell erhoben hat. Der Neoliberalismus hat als wirtschaftliche und politische Strategie abrupt Schiffbruch erlitten – mit verheerenden Folgen für die Arbeitnehmer und ihre Familien. Es kann jedoch nun nicht weitergehen wie bisher. Die Krise muss das Ende der Ideologie der Deregulierung und der unkontrollierten Finanzmärkte markieren, welche die Weltwirtschaftspolitik mindestens ein Vierteljahrhundert lang dominierten. Wir brauchen ein auf Solidarität gestütztes Alternativmodell, das die Menschen und ihre Bedürfnisse an die erste Stelle stellt.

#### **4) Nachhaltige Alternativen**

Angesichts des Ausmasses der Krise müssen schlagkräftige Massnahmen ergriffen werden, um dem drastischen Einbruch der Beschäftigung und der Wirtschaftsprognosen in der ganzen Welt entgegen zu treten. Wir rufen dringend dazu auf, dass:

- alle Unternehmen auf Entlassungen verzichten und dass die Arbeitsplätze und Einkommen der Arbeiter gesichert werden. Menschen, nicht Profite, stehen an erster Stelle!
- Alle nationalen Regierungen müssen Verantwortung übernehmen und Programme zur Ankurbelung der Wirtschaft unterstützen, welche die Beschäftigung und den Verbrauch fördern. Wirtschaftliche Anreizpakete müssen erweitert und international koordiniert werden.

Um ein neues Entwicklungsmodell zu schaffen und um die Herausforderungen der ökologischen und sozialen Nachhaltigkeit zu bewältigen, rufen wir ausserdem zu Folgendem auf:

- Demokratische Globalisierung: Das Wirtschaftsmodell, das die Interessen der Aktionäre vor diejenigen der Arbeitnehmer stellt, ist gescheitert. Die Arbeitnehmer müssen bei der Arbeit vermehrt mitreden und die Unternehmen müssen gänzlich verantwortlich gemacht werden. Die internationalen Institutionen, die Einfluss auf die globale Wirtschaftspolitik nehmen, müssen einer demokratischen Kontrolle unterstellt werden und sich für die Förderung von festen Arbeitsplätzen und nachhaltigem Wachstum einsetzen;
- Regulierung: Die Finanzmärkte müssen zu ihrer ursprünglichen Rolle zurückkehren, nämlich die stabile Finanzierung von produktiven Investitionen in die Realwirtschaft zu garantieren, und sollten endlich demokratisch kontrolliert werden;
- soziale Gerechtigkeit: Die zunehmend ungleiche Verteilung des Wohlstands innerhalb und unter den Ländern muss behoben werden;
- Förderung nachhaltiger Wertschöpfung: Die verarbeitende Industrie ist eine treibende Kraft für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Wohlstand. Die Regierungen müssen Politiken ausarbeiten, um die nachhaltige Entwicklung der verarbeitenden Industrie zu fördern; Arbeitnehmer und Gewerkschaften bilden dabei einen festen Bestandteil;
- sichere Arbeitsplätze: Die prekäre Beschäftigung muss eingedämmt und in allen Ländern müssen soziale Sicherheitsnetze eingeführt werden.

### **5) Der Krise die Stirn bieten: weltweite Solidarität und Zusammenarbeit**

Wir wehren uns gegen all diejenigen, die die Krise den Arbeitern aufbürden möchten. Wir müssen dem wachsenden Druck des Kapitals mit einer gemeinsamen Strategie der globalen Solidarität die Stirn bieten. Der IMB muss seine Anstrengungen verstärken und weiterhin als Sprachrohr der Metallarbeiter auftreten. Er muss eine soziale Dimension der Globalisierung sowie die Achtung der Rechte aller Arbeitnehmer auf Gewerkschaftsgründung und Tarifverhandlungen verlangen.

Gerade in Krisenzeiten verschärfen sich die Verstösse gegen Gewerkschaftsrechte. Wir müssen uns unter der Führung des IMB nachdrücklich gegen diese Tendenz verwahren.

Der IMB und seine Mitgliedsorganisationen müssen stärker denn je eine geeinte Front bilden, um zu verhindern, dass Arbeitnehmer und Standorte gegeneinander ausgespielt werden. Dazu muss der IMB weiterhin:

- verbindliche Vorschriften auf globaler Ebene verlangen, um die internationalen Arbeitsnormen durchzusetzen;
- die Reform der Welthandelsorganisation, des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank fordern;
- Missbräuche von grundlegenden Gewerkschaftsrechten überall anprangern;
- die Zusammenarbeit mit Gewerkschaftsorganisationen wie dem Internationalen Gewerkschaftsbund (IGB), dem Gewerkschaftlichen Beratungsausschuss bei der OECD (TUAC) und weiteren globalen Gewerkschaftsföderationen stärken;
- den weltweiten Austausch unter Gewerkschaften in den verschiedenen Sektoren festigen und gemeinsame Strategien entwickeln, um die Beschäftigung zu erhalten und die Arbeitsbedingungen verbessern.